

Deponie: Widerstand gegen Ausbau

Gelsenkirchener SPD-Fraktion zweifelt an den Plänen für die Anlage an der Stadtgrenze. Herner Initiative ruft Bürger zum Kampf gegen die Erweiterung auf

Die Diskussion um die bei der Bezirksregierung Münster beantragte Erweiterung der Zentraldeponie Emscherbruch (wir berichteten) nimmt Fahrt auf. Die SPD-Ratsfraktion in Gelsenkirchen - die Deponie liegt auf der Stadtgrenze - stellt die Pläne der Betreiberin Abfallentsorgungsgesellschaft Ruhr (AGR) in Frage. In Herne kämpfen derweil Bürger und Oppositionsparteien gegen das Vorhaben.

Die Gelsenkirchener SPD

Manfred Leichtweis ist Umweltausschussvorsitzender in Gelsenkirchen und SPD-Ratsherr. Er sieht „sehr viele offene Fragen“ hinsichtlich der Deponieerweiterung. Foto: Martin Möller

„Es gibt sehr viele offene Fragen“, erklärt der Gelsenkirchener Umweltausschussvorsitzende Manfred Leichtweis (SPD) zum Vorhaben der AGR. Eigentlich sei schon in den 70er-Jahren über eine Schließung der Deponie diskutiert und dabei sogar über Nachfolgenutzungen gesprochen worden. „Seit den 90er-Jahren gab es stattdessen immer wieder Erweiterungen, was natürlich immer auch mit einer Zunahme der Belastungen für Anwohner und Natur verbunden ist“, so Leichtweis.

Er habe große Bedenken, ob die Erweiterung nicht ein „Zuviel“ an solchen Belastungen darstelle. Ihm stellten sich viele Fragen - zum Beispiel hinsichtlich der zusätzlichen gefährlichen Abfälle sowie der Anlieferung. In einer gemeinsamen Sondersitzung des Gelsenkirchener Umweltausschusses und der zuständigen Bezirksvertretung will die SPD die Pläne „ausführlich diskutieren“. Als Termin ins Auge gefasst wurde Mittwoch, 20. Februar.

Die Bürgerinitiative

Im September folgten 100 Bürger der Einladung zur ersten Veranstaltung der Bürgerinitiative „Uns stinkt's“ (BI). Diese hatte sich wegen zahlreicher Brände auf der Deponie gegründet, sich aber auch den Kampf gegen die Erweiterung auf die Fahnen geschrieben. Nachdem es zwischenzeitlich etwas ruhiger um die Initiative war, gehen die Mitglieder nun in die Offensive.

Gründungsmitglieder der Bürgerinitiative „Uns stinkt's“: (von links) Henning T. Mettge, Heinz-Peter Jäkel, Maria Wanger, Klaudia Scholz, Martin Etringer und Caneta Heuchert-Etringer. Foto: Kerstin Buchwieser

Die BI lehnt die Pläne der AGR rigoros ab. „Sollte dem Erweiterungsantrag stattgegeben werden, sind die etwa 4000 Anwohner in unmittelbarer Nähe der Zentraldeponie für mindestens zehn weitere Jahre den Gefahren durch Feinstaub, Transport von gefährlichen Gütern, Lärm, Geruch und Brandwolken ausgesetzt“, so BI-Sprecher Heinz-Peter Jäkel. Und: Die Deponie bestehe seit 1969. Eine ausreichende Abdichtung des

Untergrunds zum Schutz des Grundwassers habe nicht stattgefunden. Parallel zum Planfeststellungsverfahren haben Jäkel & Co. Abgeordnete und Mandatsträger aller Parteien angeschrieben, um für eine Änderung des derzeit diskutierten Regionalplans Ruhr zu werben. Das Ziel: Erweiterungen von Abfalldeponien, deren Baugenehmigung vor 1970 erteilt worden ist, sollen nicht mehr vorgenommen werden.

Bei einer Veranstaltung am 7. Februar, will die BI noch mehr Bürger ins Boot holen. Beginn ist um 19 Uhr im ev. Gemeindehaus, Unser-Fritz-Straße 26. Motto: „Sollen die Gefahren der Deponie für immer bleiben? Jetzt oder nie: Helfen Sie mit Ihrer Stimme, die Erweiterung zu stoppen“.

Der Umweltausschuss

Der Herner Umweltausschuss wird sich in der heutigen Sitzung ebenfalls mit der Deponie befassen. Auf Antrag der Fraktionen von Linkspartei, Grünen und Piraten-AL soll der Ausschuss sich gegen den Ausbau aussprechen. Ein Argument: Der dort abgelagerte Abfall beinhalte schon jetzt einen wesentlich höheren Anteil an Schadstoffen als andere Deponien. Die Sitzung beginnt um 16 Uhr (Rathaus Herne; Sitzungszimmer 214); der Antrag der Opposition steht jedoch am Ende der Tagesordnung.

Die Bezirksregierung

Ist das Verfahren zur Erweiterung der Zentraldeponie bei der zuständigen Bezirksregierung Münster in guten Händen? Der jüngste Skandal um die Verbrennung von Ölpellets in Gelsenkirchen weckt große Zweifel: In einem Urteil zu diesem Fall, bei dem die Bezirksregierung ebenfalls Aufsichtsbehörde war bzw. ist, schrieb Richter des Landgerichts Bochum von einem „umfassenden Versagen“ der Kontrollbehörden.

Erweiterung auch um gefährliche Stoffe

Auf dem 113 Hektar großen Gelände der Zentraldeponie sollen zusätzliche Abfallmengen von 4,6 Millionen Kubikmeter gelagert werden, darunter 1,5 Millionen Kubikmeter gefährliche Stoffe der sogenannten Deponieklasse 3. Bei einer Genehmigung würde sich die Laufzeit der Deponie um zehn Jahre verlängern.

Die Antragsunterlagen des Betreibers AGR - eine Tochter des Regionaverbandes Ruhr (RVR) - können bis zum 20. Februar u.a. im Technischen Rathaus an der Langekampstraße 36 eingesehen werden (Zimmer A 206; mo bis do 8 bis 12 und 13.30 bis 16 Uhr, fr von 8 bis 12 Uhr). Weitere Infos: www.bezreg-muenster.de